

Warmes Wiesbaden e.V.

Die Linke. Wiesbaden
Büdingenstraße 8
65183 Wiesbaden

Tel.: 0611 - 3602 4955

Mail: Kreisvorstand@dielinke-wiesbaden.de

Web: www.dielinke-wiesbaden.de

Bankverbindung:
Wiesbadener Volksbank eG
Konto: 430 2605
BLZ: 510 900 00

Datum: 11.5.2017

Eure Wahlprüfsteine

Hallo Warmes Wiesbaden,
lieber Manuel Wüst

vielen Dank für die Wahlprüfsteine, die wir wie folgt gerne beantworten. Natürlich nehmen wir gerne am CSD und auch an der Podiumsdiskussion am 3. Juni teil.

Mit besten Grüßen

Adrian Gabriel – Kreisvorstand und Bundestagskandidat DIE LINKE. Wiesbaden

Wahlprüfsteine LINKE Wiesbaden zur Bundestagswahl



„Einheit in Vielfalt heißt unsere Unterschiede leben und lieben.“ Adrian Gabriel, Kandidat der LINKEN Wiesbaden und LINKEN Hessen zur Bundestagswahl.

1. Frage Ehe für Alle:

1. Werden Sie sich dafür einsetzen, die Ehe inklusive Adoptionsrecht diskriminierungsfrei für alle erwachsenen Menschen gleichermaßen möglich zu machen?

Antwort LINKE Wiesbaden:

Ja. DIE LINKE. will eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleiche soziale und politische Rechte haben. Das schließt das Adoptionsrecht und die Ehe für alle selbstverständlich ein. Wir fordern dies im Bundestag endlich auf dem Gesetzesweg umzusetzen!

2. Fragen Geschlechtliche Identität:

2.1. Sind Sie bereit sich dafür stark zu machen, dass Transsexualität als Krankheitsbild abgeschafft und es stattdessen fachkompetente Beratungsangebote für Trans* und Inter* Personen und deren Eltern geben wird?

Antwort LINKE Wiesbaden:

Ja. Transsexualität ist keine Krankheit. Menschen in dieser (gesellschaftlich codierten und persönlich) komplexen Situation verdienen bestmögliche Beratung und Unterstützung. Wir fordern Beratungszentren für Betroffene und deren Angehörige sowie einen Entschädigungsfond für Trans* und Intersexuelle, denen durch erzwungene geschlechtsangleichende Operationen erhebliches Leid widerfahren ist.

2.2. Wie kann Ihrer Meinung nach der Transitionsprozess (die Zeit der Geschlechtsangleichung) für Trans*Personen vereinfacht, medizinisch gesichert und durch die Solidargesellschaft getragen werden?

Antwort LINKE Wiesbaden:

Die Politik sollte für eine offene Gesellschaft und für ein weltoffenes Klima Sorge tragen, damit Menschen nicht angefeindet werden. Krankenversicherungen sollten die Kosten für Beratungen übernehmen und benötigte Leistungen im Katalog der Kostenträger enthalten sein. Wir setzen uns für einen flächendeckenden Ausbau von Beratungsangeboten in Zusammenarbeit mit Trans*Initiativen ein.

2.3. Werden Sie sich auf der anderen Seite dafür einsetzen, dass in Zukunft chirurgische und/oder medikamentöse bzw. hormonelle geschlechtsverändernde Eingriffe bei Inter*Personen nur mit der informierten Einwilligung der betroffenen Menschen erfolgen dürfen, die durch das Einverständnis von Sorgeberechtigten nicht ersetzt werden kann?

Antwort LINKE Wiesbaden:

Ja. Diese Maßnahmen greifen tief in Persönlichkeitsrechte, die eigene Identität und Selbstbestimmung sowie das Recht auf körperliche Unversehrtheit ein. Die Identität eines Menschen ist niemals von anderen Menschen zu bestimmen, sondern immer nur von der betroffenen Person selbst. Hier bedarf es keiner neuen Gesetze, sondern der konsequenten Beachtung und Durchsetzung unveräußerlicher Persönlichkeitsrechte.

Operationen haben ausschließlich durch eine Entscheidung durch Inter*Personen selbst statt zu finden und im Zweifel zu unterbleiben. Weder Eltern noch Ärzte dürfen stellvertretend entscheiden. Kinder dürfen nicht dem möglichen Bedürfnis der Erwachsenen nach Eindeutigkeit unterworfen werden.

2.4. Erkennen Sie auch uneindeutige geschlechtliche Identitäten rechtlich (Melderecht / Pass) an?

Antwort LINKE Wiesbaden:

Ja. Begutachtungspflicht, Therapiezwang und das gerichtliche Verfahren müssen abgeschafft werden wenn es darum geht, Vornamen und Personenstand zu ändern. Stattdessen muss dieses Verfahren in einen Verwaltungsakt überführt und auf Antrag ohne Vorbedingungen diskriminierungsfrei geregelt werden.

Frage §175:

3. Wie soll Ihrer Meinung nach die inzwischen anerkannt unrechtmäßige Strafverfolgung wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen aufgrund des früheren §175 StGB gesellschaftlich aufgearbeitet werden?

Antwort LINKE Wiesbaden:

Die schikanöse und kriminalisierende Gesetzgebung und Verfolgung von Homosexuellen war viel zu lange gesellschaftlicher und rechtlicher Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland. Nur wenige Richter haben sich dem widersetzt, tausende soziale Demütigungen und Verurteilungen gegen Homosexuelle erfolgten. Die Rehabilitation und Entschädigung sollte nicht allein finanzielle Entschädigungen, sondern auch Entschuldigung für und Ächtung von Homophobie umfassen. Dieses unmissverständliche Zeichen ist umso wichtiger, als es erstarkende reaktionäre Kräfte gibt, die sogar zu alten Zeiten zurückwollen. Eine fundierte Aufarbeitung des Unrechts und seine Darstellung ist daher unabdingbar.

Frage Homoheilung:

4. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass pseudo-wissenschaftliche Organisationen, die Homosexualität als Krankheit diffamieren und Heilung suggerieren, staatlich sanktioniert werden?

Antwort LINKE Wiesbaden:

Es gilt ein Diskriminierungs- und Beleidigungsverbot gegenüber allen Menschen. Personen und sexuelle Identitäten als krank zu diffamieren oder pauschal deren „Heilung“ - womöglich unter Zwang (!) - zu fordern, kann den Straftatbestand der Beleidigung und Volksverhetzung erfüllen. Auch wenn derartiges in pseudo-wissenschaftlichem oder pseudo-christlichem Mäntelchen vorgetragen wird, ist die Justiz dann gefordert. Das Recht auf Meinungsfreiheit endet da, wo die Würde von Menschen verletzt und die Rechte auf Selbstbestimmung und körperliche Unversehrtheit angegriffen werden.

Wichtiger als (notwendige) juristische Auseinandersetzungen sind aber gesellschaftliche Aufklärung und ein Aufbau von Gegenmacht. Es darf nicht sein, dass pseudowissenschaftliche Organisationen und reaktionäre politische Gruppen ein rückständiges und ggf. gewalttätiges Klima etablieren und lange erstrittene Minderheitenrechte in Frage gestellt werden. Das geht alle an!

Frage Kirchenarbeitsrecht:

5. Wie soll Ihrer Meinung nach das Kirchenarbeitsrecht mit dem AGG in Einklang gebracht werden, so dass die meist staatlich geförderten Einrichtungen auch LSBT*IQ Personen nicht ohne AGG konformen Grund benachteiligen dürfen?

Antwort LINKE Wiesbaden:

Die Partei DIE LINKE. setzt sich dafür ein, dass es nur ein Arbeitsrecht gibt und der Sonderweg der Kirchen abgeschafft wird. Wer als Träger staatliche Gelder bekommt,

muss sich an staatliche Regeln und Vereinbarungen halten und zwar vom Tarif-, über das Arbeits- bis zum Persönlichkeits- und Medizinrecht.

Frage §3 GG:

6. Sind Sie bereit, den §3 GG um das Merkmal der sexuellen Orientierung zu ergänzen?

Antwort LINKE Wiesbaden:

Ja. DIE LINKE hat 2010 einen Gesetzentwurf zu dieser notwendigen Erweiterung des Grundgesetzes (Artikel 3 Absatz 3) in den Bundestag eingebracht (siehe Bundestagsdrucksache 17/ 472). Leider sind die anderen im Bundestag vertretenen Parteien dem mehrheitlich nicht gefolgt. Es bedarf grundsätzlich anderer Mehrheiten im Deutschen Bundestag – jenseits der CDU! - um derartige Änderungen zu erreichen. DIE LINKE. wird sich weiter für dieses Ziel einsetzen und das Thema auch auf der Tagesordnung in den Parlamenten halten.

Fragen Queer Refugees:

7.1. Werden Sie sich dafür stark machen, dass sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität als Fluchtgrund anerkannt werden?

Antwort LINKE Wiesbaden:

Ja, schon deshalb, weil es faktisch in vielen Ländern ein Fluchtgrund ist.

7.2. Wie wollen Sie sicherstellen, dass geflüchtete LSBT*IQ Menschen in deutschen Unterkünften vor Übergriffen geschützt werden?

Antwort LINKE Wiesbaden:

Wir setzen uns vor Allem für eine dezentrale Unterbringung von Geflüchteten ein, statt monate- oder jahrelanger Massenunterkünfte, in denen soziale, geschlechtliche, kulturelle und persönliche Konflikte vorprogrammiert sind. LSBT*IQ Menschen benötigen auf Verlangen besonderen Schutz, weil sie in Massenunterkünften besonders bedroht sein können.

Fragen Diskriminierungsfreie Bildung:

8.1. Werden Sie auch auf Bundesebene darauf hinwirken, dass in allen Schulen flächendeckend über queere Lebensweisen informiert wird?

Antwort LINKE Wiesbaden:

Ja, zuständigkeitshalber eher auf Landes- und Kommunalebene, aber politisch natürlich auch auf Bundesebene. Wir wollen einen qualifizierten Unterricht, der auch das Bewusstsein über die Vielfalt und die Akzeptanz von unterschiedlichen Lebensweisen fördert. Lehrer*innen und Pädagog*innen müssen dazu in die Lage versetzt werden, indem sie sich im Bereich LGBTIQ bzw. Anti-Diskriminierung qualifizieren können. Auch eine Erweiterung des Lehramtsstudiums ist in dieser Hinsicht nötig.

8.2. Wie wollen Sie sicherstellen, dass in Integrationsprogrammen und –maßnahmen für neue Mitbürger die Lebenssituation und Nichtdiskriminierung von LSBT*IQ als Werte von Demokratie und Zivilgesellschaft vermittelt werden?

Antwort LINKE Wiesbaden:

Grundsätzlich gehen wir davon aus, dass Geflüchtete ein Interesse an einem offenen und toleranten Klima haben – gerade gegenüber Minderheiten. Geflüchteten muss der Wert der auch für sie geltenden Rechte und Pflichten des Grundgesetzes und einer Menschenrechtsorientierten offenen Gesellschaft durch Gespräche und Bildungsangebot vermittelt werden.

Refugees sind nicht per se Homophob oder minderheitenfeindlich. Wenn sie aber homophob oder minderheiten- und menschenfeindlich sind, dann gilt für das Gleiche, wie gegenüber schon länger hier lebenden Homophoben oder Menschenfeindlichen Gruppen (siehe Antwort 4) – dann braucht es gesellschaftliche Intervention bis hin zur juristischen Sanktion.

8.3. Wie wollen Sie bundesweit sexualpädagogisch arbeitende Projekte, wie z.B. AIDS-Hilfen und ProFamilia, sowie Antidiskriminierungsprojekte, wie z.B SCHLAU, weiter fördern?

Antwort LINKE Wiesbaden:

Wir haben derartige Projekte immer unterstützt und wollen ihre weitergehende Förderung. Allerdings drückt sich der Staat oft vor seiner Verantwortung. Die Schulungen, die bereits jetzt in der Kinder- und Jugendarbeit angeboten werden, müssen um LGBT-Inhalte erweitert werden. Dabei kann auf die Expertise dieser Projekte zurück gegriffen werden.

Eine konsequente Supervision der bisher bestehenden Praxis müsste Änderungsbedarf und antidiskriminative Potentiale aufzeigen. Projekte, die besonders LGBTIQ-freundlich sind oder es werden wollen, müssen dazu sowohl die finanzielle als auch personelle Unterstützung der öffentlichen Hand in Anspruch nehmen können. Eine fehlende finanzielle Unterstützung dieser Vorzeigeprojekte schadet allen!

Fragen **Diskriminierende Gewalt:**

9.1. Vom Alltagsrassismus bis zu tätlichen Übergriffen ist rechte Gewalt ein Problem und eine Gefahr für alle, die frei und demokratisch zusammenleben wollen. Wir wollen eine Gesellschaft, die niemanden ausschließt!

Antwort LINKE Wiesbaden

Das ist zwar keine Frage, aber ja, das sehen wir auch so.

9.2. Wie setzt sich Ihre Partei für die Bekämpfung von Rassismus und rechte Gewalt ein?

Antwort LINKE Wiesbaden

Faschismus & Rassismus, rechter Terror & Gewalt, sowie gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit werden von der LINKEN entschieden bekämpft. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Rassismus widerspricht der universalen Forderung nach der Gleichheit des Menschen. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, also der Hass auf soziale, ethnische, politische oder andere Minderheiten, ist das Gegenteil zur offenen und sozialen Gesellschaft. Die rechte Gewalt hat sich seit 2015 vervierfacht, rechte Terrorgruppen bilden sich immer wieder. Hieran trägt die AfD durch ihre Hetze und Strukturen große Mitverantwortung bzw. sie hofft durch Schüren von Ressentiments und Ängsten zu profitieren.

Hiergegen arbeiten wir innerhalb und außerhalb der Parlamente: In lokalen Bündnissen gegen Neonazis und Rechtspopulisten – für Toleranz und Vielfalt. In der Bildung, Wissenschaft und Publizistik für Aufklärung über den „Rassismus der Mitte“ und die „Diktatur der Mehrheit“. Und auf der politischen Ebene im Kampf gegen institutionellen Rassismus, für die Aufklärung z.B. des NSU-Komplex ... wir wünschen uns eine starke Zivilgesellschaft, egal ob sie liberal, christlich, sozialdemokratisch, grün oder unpolitisch geprägt ist, die sagt und vorlebt: Kein Fußbreit den Faschisten & Rassisten!

Frage **Blutspenden:**

10. Werden Sie sich dafür stark machen, dass MSM (Männer die Sex mit Männern haben) nicht generell von Blutspenden ausgeschlossen werden?

Antwort LINKE Wiesbaden

Es werden dringend mehr lebensrettende Blutkonserven benötigt. Es ist fraglich, ob die ganze Bandbreite der Ausschlusskriterien (z.B. wechselnde sexuelle Kontakte innerhalb von 12 Monaten) medizinisch überhaupt sinnvoll sind und real eingehalten werden, oder ob bei Einhaltung sämtlicher Kriterien nicht ein Großteil der Bevölkerung vom lebensrettenden Blutspenden ausgeschlossen ist. Da die Kriterien bei Organspenden weniger ausschließlich sind, stellen sich Fragen der medizinischen Sinnhaftigkeit und Diskriminierung durchaus.

Fragen **Umsetzung Ihrer Versprechen:**

11. Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Menschenrechte von LSBT*IQ Personen auch gegen den eventuellen Willen eines Koalitionspartners in eine Regierungsarbeit einfließen können?

Antwort LINKE Wiesbaden

Nicht wir, sondern die Wähler*innen können sicherstellen, dass die Rechte von LSBT*IQ Personen in einer Regierung geschützt oder sogar gestärkt werden. Solange wahlweise SPD, FDP oder Grüne sich lediglich als Mehrheitsbeschaffer der CDU-Linie unterwerfen, wird die vollständige Gleichstellung von LSBT*IQ Personen nicht stattfinden. Im Gegenteil bedeutet die Stärkung der AfD, dass die CDU/CSU wieder verstärkt Ressentiments und Ungleichwertigkeit aufgreift. In der irrigen Logik, der AfD das Wasser abzugraben, werden AfD-Themen somit groß geredet und Regierungspraxis.

Eine Chance zur vollständigen Gleichstellung von LSBT*IQ Personen besteht nur dann, wenn die CDU ihre Mehrheit verliert, die Parteien links der Mitte deutlich gestärkt werden und Mitte-links Parteien mindestens eine starke Opposition, wenn nicht gar wichtigen Teil der Regierungsmehrheit und gesellschaftlichen Stimmung abbilden. Eine Koalition mit der LINKEN ist auf jeden Fall immer auch eine Koalition gegen Diskriminierung.

Adrian Gabriel – DIE LINKE Wiesbaden

Wiesbaden, den 12. Mai 2017